

Presse-Information

Laut Studie verfassungswidrig: Lückenhafter Rechtsschutz in Patentverletzungsverfahren

Rechtswissenschaftliche Studie analysiert mangelhaften Rechtsschutz für Beklagte in Patentverletzungsverfahren // Schäden durch Rechtsschutzlücke erreichen schnell Millionenhöhe und bedrohen daher besonders kleine und mittelständische Unternehmen in ihrer Existenz // patentverein.de fordert gesetzliche Regelungen für Rechtsgüterschutz im Patentrecht

Bodenheim, 26. Mai 2010. Der Rechtsgüterschutz im Patentrecht ist mangelhaft und widerspricht dem Grundgesetz. Zu diesem Schluss kommt die kürzlich veröffentlichte rechtswissenschaftliche Studie „Vorläufiger Rechtsschutz gegenüber der Patenterteilung“ des auf Wirtschaftsrecht spezialisierten Rechtsanwaltes Rasmus Keller. Die Studie ist für patentverein.de e.V. der Anlass, Verbesserungen des Rechtsschutzes im Patentrecht zu fordern. Entsprechende Reformen könnten aus Sicht der Interessenvertretung mittelständischer Industrieunternehmen auch die Probleme lösen, die mit der Trennung zwischen Patentverletzungsverfahren und Verfahren über den Bestand von Patenten (Einspruchs- bzw. Nichtigkeitsverfahren) einher gehen. Diese Trennung ist aus Sicht von patentverein.e.V. äußerst fragwürdig und riskiert Fehlurteile, wenn Unternehmen wegen der Verletzung zweifelhafter und schwacher Patente bereits vor einer Überprüfung dieser Patente durch das Bundespatentgericht verklagt und verurteilt werden. So gebe es immer wieder Fälle, in denen vorausseilende Verletzungsurteile vollstreckt werden, obwohl das von der Gegenseite angestrebte Nichtigkeitsverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

„Die Studie analysiert, inwiefern die festgestellte Rechtsschutzlücke verfassungswidrig ist und nicht heilbare wirtschaftliche Schäden anrichtet: Dies betrifft die Fälle, in denen der Patentverletzungsprozess gegen einen vermeintlichen Patentverletzer nicht ausgesetzt wird, bis über das Nichtigkeitsverfahren entschieden ist. Diese Nichtaussetzung ist bisher die Regel bei Patentverletzungsprozessen“, so Dr. Heiner Flocke, Vorstandsvorsitzender von patentverein.de. Durch die Nichtaussetzung sei der vermeintliche Patentverletzer den Wirkungen des Patentbesitzes ausgesetzt, bis es im Rahmen des Nichtigkeitsverfahrens vernichtet werde. Dies könne jedoch mehrere Jahre dauern. „Auch wenn dann die Wirkungen des Streitpatentes für den Beklagten beendet sind, ist die erfolgte Vollstreckung des Verletzungsurteils mit immensen Schäden verbunden, die immer wieder Millionenhöhe erreichen und Unternehmen ruinieren können. Im Nachhinein ist das nicht wieder gut zu machen“ kommentiert Dr. Heiner Flocke. Fehlende Aussetzungen wirken sich nach Angaben von patentverein.de vor allem bei fragwürdigen Klagepatenten schädlich aus. Qualitätsprobleme, die Patentflut in Europa und der missbräuchliche Einsatz schwacher Patente gegen Wettbewerber trügen daher ursächlich zum Schaden bei, der durch nicht ausgesetzte Patentverletzungsprozesse entstehe.

Laut der Studie „Vorläufiger Rechtsschutz gegenüber der Patenterteilung“ stellt der bisherige Aussetzungsgrundsatz „in der Regel und im Zweifel für den Patentinhaber“ einen „Fremdkörper im deutschen Verfassungsstaat dar. Diese Praxis sei mit dem im Grundgesetz (Art. 19 Abs. 4 Satz 1) garantierten Anspruch auf umfassenden effektiven Rechtsschutz nicht vereinbar. Grundsätzlich gelte demnach, dass derjenige den stärkeren Rechtsschutzanspruch habe, dem der größere Schaden durch Rechtswidrigkeit eines Verwaltungsaktes drohe.

Presse-Information

Rasmus Keller kommt bei seinen Analysen zum Schluss, dass bei der für Patentverletzungsklagen typischen Gefährdungslage „grundsätzlich der vermeintliche Patentverletzer den stärkeren Anspruch auf vorläufigen Rechtsschutz“ hat. Der Autor führt aus: „Deshalb hat regelmäßig die Aussetzung zugunsten des Nichtigkeits- oder Einspruchsverfahrens zu erfolgen, wenn nicht die Prüfung der Erfolgsaussichten von Einspruchs- oder Nichtigkeitsverfahren ergibt, dass eine überragende Wahrscheinlichkeit für den Bestand des Patents spricht und so der zunächst stärkere Rechtsschutzanspruch des Beklagten überwunden werden kann“. Der Wirtschaftsjurist fordert daher eine Umkehrung der bisherigen Praxis, nicht auszusetzen, in eine Entscheidungspraxis nach dem Grundsatz "in der Regel und im Zweifel für den Beklagten“.

patentverein.de sieht den Gesetzgeber in der Pflicht, angemessenen Rechtsgüterschutz im Patentrecht durchzusetzen. „Wir fordern den Gesetzgeber dazu auf, sich für Verfahren einzusetzen, die für Rechtsgüterschutz auch im Patentrecht sorgen, so wie es im Grundgesetz, im Verwaltungsrecht und in hochrangiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zugesichert wird. Entsprechende Regelungen müssen außerdem auf europäischer Ebene eingeführt werden, im Rahmen aller Initiativen zur Vereinheitlichung der europäischen Patentgerichtsbarkeit“, erläutert Dr. Heiner Flocke. Er fügt hinzu: „patentverein.de plant, konkrete gesetzgeberische Vorschläge zu entwickeln, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Wir werden diese Vorschläge mit den Verantwortlichen in Parlament und Regierung diskutieren“.

Was Baugenehmigungen und Patente gemeinsam haben

Rasmus Keller stellt in seiner Studie „Vorläufiger Rechtsschutz gegenüber der Patenterteilung“ fest, dass im Bereich des allgemeinen Verwaltungsrechts — Beispiel Baugenehmigung — umfassende Instrumente des vorläufigen Rechtsschutzes bereit gestellt werden, während dies im Patentrecht nicht der Fall ist. Tatsächlich kann in Deutschland jeder, der als Nachbar von einer Baugenehmigung negativ belastet wird, Widerspruch oder Anfechtungsklage erheben und die Herstellung der aufschiebenden Wirkung beantragen, um die Umsetzung der Baugenehmigung zu blockieren. Der Wirtschaftsjurist argumentiert, dass es sich bei der Baugenehmigung wie auch der Patenterteilung um Verwaltungsakte mit Doppelwirkung handelt: Demnach verschaffen Baugenehmigung und Patent bestimmte Begünstigungen, die auf der anderen Seite in die Rechte Dritter eingreifen. Daher müssen in beiden Fällen die Grundsätze des vorläufigen Rechtsschutzes gelten.

Literaturangabe:

Vorläufiger Rechtsschutz gegenüber der Patenterteilung, Rasmus Keller, Sierke Verlag, ISBN 978-3-86844-243-4

Kurzporträt patentverein.de e.V. (<http://www.patentverein.de>):

Der patentverein.de e.V. arbeitet als Selbsthilfeorganisation der Industrie und unterstützt das Patentwesen in Bemühungen, geforderten Qualitätsansprüchen gerecht zu werden. Die Organisation wendet sich gegen Trivialpatente und gegen den zunehmenden Missbrauch im Patentwesen. Der Patentverein setzt sich ein für die Patentierung guter Erfindungen im Sinne des Patentgesetzes und arbeitet zusammen mit Erfindern, Anmeldern, Patentämtern, den politischen Stellen und den Medien. An die Teilnehmer im Patentwesen appelliert der Patentverein, ethische Grundsätze umzusetzen. Mitglieder und insbesondere mittelständische Unternehmen erhalten Unterstützung in Patentfragen.

Ansprechpartner für die Presse:

patentverein.de e.V.

Dr. Heiner Flocke
Am Kuemmerling 18
55294 Bodenheim
Tel.: 06135/92 92 0
verein@patentverein.de
<http://www.patentverein.de>

authentikom

Harald Talarczyk
An der Siebengebirgsbahn 27
53227 Bonn
Tel.: 0228 280 4949
Fax: 0228 280 3250
ht@authentikom.de